



DL21

#leftlessons

#LeftLesson Staffel III Folge 3 – Nachbereitung

Feministische Politik in der SPD – Herausforderungen heute

mit **Maria Noichl**, MdEP, Ko-Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) und stellvertretende Vorsitzende der DL21

Als Abschluss unserer LeftLesson-Staffel zur Gleichstellungspolitik haben wir erörtert:

Was ist das spezifische der SPD in Sachen feministischer Politik?

Es sind seit über 100 Jahren immer dieselben Grundprobleme, mit denen wir uns auseinandersetzen:
Es geht um Pay, Participation, Power, Protection und Peace.

Beim großen Feld der gerechten Bezahlung, um bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit ist vielleicht die größte Baustelle zu sehen. Von dieser Frage hängen Teilhabe an der Gesellschaft, am Arbeitsleben, die Renten und vieles mehr ab.

Wir sollten uns vorstellen, wie positiv sich die Gesellschaft verändern würde, wenn Männer und Frauen ein ähnliches Erwerbsarbeitsvolumen und gleiches Einkommen hätten.

Partizipation ist der nächste Punkt – auch verbunden mit Frieden! Schon seit langem kämpft die SPD dafür, dass Frauen mit an die Verhandlungstische kommen, in Wiederaufbauprozesse eingebunden sind und dass begriffen wird, dass ihre politische Partizipation auch Prävention vor Gewalt in Gesellschaften sein kann.

Bei Macht geht es zunächst einmal um den Abbau von Stereotypen und das Empowerment von Frauen: ein Bewusstsein von der eigenen Arbeit und Bedeutung gewinnen, sich solidarisieren und organisieren und kollektiv kämpfen lernen, um gesellschaftlich mitzuentcheiden.

Es ist immer noch wichtig zu begreifen, dass es nicht „die“ Männer und „die“ Frauen geben darf. Politik muss die Menschen alle als gleich an Würde und Rechten in den Blick nehmen. Das heißt, mit dem Abbau von Rollenzuschreibungen aufzuräumen und die individuelle Entfaltung als Teilhabe an der gesellschaftlichen Gestaltung zu erhöhen.



DL21

#leftlessons

Feministische Politik und Friedenspolitik gehören zusammen, denn Frauen sind – wie wir auf der ganzen Welt sehen können – oft diejenigen, die besonders heftig unter Gewaltkonflikten, dem Zerfall von staatlichen Strukturen leiden und gesellschaftlicher Verrohung leiden. Wenn kein Frieden herrscht, brechen immer auch die Frauenrechte, die Bestimmung über den eigenen Körper und vieles mehr weg, was grundlegend für die Würde und das Leben ist.

Wo setzen wir am besten an?

Es muss endlich eine Regelung für die Bezahlung im Care-Bereich gefunden werden. Wir brauchen eine Lösung, in der es selbstverständlich wird, dass in Lebensgemeinschaften alle den gleichen Anteil an Sorgearbeit und Erwerbsarbeit leisten bzw. die Sorgearbeit nicht verdienstlos bleiben darf. Denn dass sie meist ohne Verdienst ist, ist das, was Frauen oft von Teilhabe ausschließt und arm macht, besonders im Alter.

Dabei darf keine Lösung sein, dass Frauen, die den Sprung in einen guten Verdienst geschafft haben, dies auf den Schultern von Migrant:innen tun, auf die die schlecht bezahlte Sorgearbeit abgewälzt wird.

Dass heißt, dass Sorgearbeit – wenn sie vergeben wird – zu guten Arbeitsbedingungen vergeben werden muss: sozialversicherungspflichtig, mit gut regulierten Arbeitszeiten und gut entlohnt. Eine Professionalisierung müsste aber vor allem einen höheren Grad an gesellschaftlicher Organisation der Sorgearbeit zur Grundlage haben.

Das wird aber vielleicht nicht reichen. Wir müssen endlich weg vom Ein-Ernährer-Modell. Dafür muss es auch Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommenseinbußen geben und eben gleichen Lohn für von Frauen geleisteter Arbeit.

Wie weit sind wir auf dem Weg und was steht an?

Die Pandemie hat uns auf dem Weg dorthin zurückgeworfen, denn sie hat eine Retraditionalisierung mit sich gebracht. Plötzlich waren auch wieder viele Frauen, die erwerbstätig waren, enorm zusätzlich belastet mit Sorgearbeit. Wie selbstverständlich sind die zusätzlichen Sorgearbeiten (Homeschooling, Betreuung...) überwiegend an Frauen gegangen, haben Frauen verstärkt auf Teilzeit reduziert oder auf gute Arbeit verzichtet.

Deshalb müssen Frauen auch für die Selbstverständlichkeit kämpfen, dass auch Männer bügeln, kochen oder das Bett zurückschlagen können. Das ist eine Frage des Bewusstseins. Wir können für diese Änderung überall und immer aufklären. Aber dafür muss auch klar sein, dass Frauen sich nicht durch ihre häusliche Arbeit vermeintliche soziale Sicherheit erwerben, weil die Männer auf sie angewiesen und „dankbar“ sind. Frauen müssen selbständig sozial existenzgesichert sein und dafür kämpfen.

Der Roll-back während der Pandemie war dadurch begünstigt, dass wir gesetzliche Grundlagen haben, die die ungleiche Arbeitsteilung zulasten der Frauen begünstigen. Da sind vor allem die Minijobs, das Ehegattensplitting und die kostenlose Mitversicherung zu nennen. Die bilden ein gleichstellungspolitisches Bermudadreieck in dem Frauen verschwinden. Da liegt eine zentrale Aufgabe für die SPD, das zu ändern.

Was hat das mit Kapitalismus zu tun?

Sorgearbeit ist gesellschaftlich unverzichtbar. Da sind wir alle erpressbar. Wir müssen uns um Kinder, Alte, unsere Wäsche und vieles mehr kümmern. Wir können es nicht sein lassen. Das wird herrschenderseits strukturell ausgenutzt, um diese Arbeit unentgeltlich in Anspruch zu nehmen. Nur die verwertungsorientierte, profitträchtige Arbeit wird überhaupt entlohnt.

Die Sorgearbeit ist Grundlage der Wertschöpfung und wird dennoch unsichtbar gemacht. Das müssen wir ändern.

Unbezahlte Sorgearbeit ist zum Beispiel bei der Berechnung des Brutto-Inlands-Produkts nicht eingeschlossen. Diese Arbeit ist aber ein Plus für unsere Gesellschaft, sie ist Teil unseres gesellschaftlichen Wohlstands. Wir müssen deshalb politisch einen neuen, viel weiteren Blick auf die Wertschöpfung der Gesellschaft durchsetzen: Die Wertschöpfung darf nicht nur in Produktion von Autos o.ä. erkannt werden, sondern darin, wie die Entwicklung der Menschen und der Gesellschaft insgesamt hervorgebracht wird.

Im europäischen Zusammenhang kann man das auch noch daran verdeutlichen, dass sehr viel unserer Sorgearbeit in Deutschland oder anderen reichen Ländern von jungen Menschen aus Süd- oder Osteuropa gemacht wird. Dort aber fehlen die jungen Menschen, und die älteren Menschen sind dadurch noch ärmer, weil bei ohnehin geringen Renten die Integration der Älteren durch die jüngere Generation, aber auch deren Arbeit und Einkommen, einfach ausbleiben.

Die Union, besonders der ehemalige Gesundheitsminister Spahn, hielt für richtig, diese Menschen hierher abzuwerben, um billig hier die Pflegelücke zu schließen. Sowas müssen wir unterbinden.

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ist ein Instrument dazu.¹ Es hat einen Gleichstellungsindex entwickelt. Man erfährt dort, wie die Länder der EU sich in Hinblick auf die Gleichberechtigung von Männern und Frauen tatsächlich entwickeln. Deutschland steht zwar nicht ganz schlecht da, aber eigentlich müsste es – sowohl hier – als auch in der ganzen EU viel besser sein.

Dafür müsste man großstrukturelle Änderungen durchsetzen, die die Sorgearbeit ganz erheblich aufwerten.

In diesem Sinne verstandene feministische Politik ist deshalb auch nicht einfach Politik für Frauen, sondern Politik für eine solidarische Gesellschaft. Sie ist immer auf Verbesserungen für alle gerichtet.

Der Pflegebereich Nukleus, an dem diese Kämpfe zu führen sind

Der Pflege- und Krankenhausbereich hat nicht nur etliche Beschäftigte, sondern alle Bürger:innen brauchen ihn im Laufe ihres Lebens meist mehr als ein Mal. Schon deshalb ist das ein Bereich, an dem sich viele Auseinandersetzungen exemplarisch entfalten lassen.

Wir haben ein kapitalistisches System, das nicht allein die profitorientierte Wertschöpfung im Bereich der industriellen Produktion oder bestimmter Dienstleistungen begrenzt ist. Wir haben ein kapitalistisches System, das sich längst auf Bereiche erstreckt hat, die niemals einer profitorientierten oder kommerziellen Organisation hätten anheimgestellt werden dürfen. Das gilt für die Krankenhäuser und die Pflege, aber auch für die Universitäten, mit dem Hinterherrennen nach Drittmitteln, und auch in der Kultur. Mit dieser umfassenden Verwertungsorientierung frisst das kapitalistische System seine eigenen Grundlagen auf. Es erschöpft die Menschen, die Gesellschaft.

Die Arbeitskämpfe in dem Bereich sollten dringend solidarisch unterstützt werden. Besonders geht es um gute Pflegeschlüsse, verkürzte Arbeitszeiten, Mitbestimmung und anständige Bezahlung. Dafür müssen die Fallpauschalen weg und ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag durchgesetzt werden. Viel mehr als bisher müssen sich Sozialdemokrat:innen öffentlich mit den Beschäftigten, die in diesem Bereich kämpfen, solidarisieren.

¹ <https://eige.europa.eu/de/in-brief>



DL21

#leftlessons

Eine Änderung der gesellschaftlichen Reproduktion muss auch finanziert werden

Wirklich sozialdemokratische Politik muss deshalb dringend die Grundlagen dafür schaffen. Wenn wir gute Krankenhäuser, gute Pflege, gute Renten, gute Kitas, gute Schulen und Hochschulen wollen – dann müssen wir dringend bei den Steuern Bemessungsgrenzen abschaffen, die höchste Einkommen entlasten und brauchen eine erhebliche steuerliche Zurückverteilung: zurück zu denen, die den Reichtum wirklich erarbeiten!

Kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wirklich an der Seite Erwerbstätiger? Der Streikenden?

Es fehlt der Sozialdemokratie an gesellschaftlicher Konfliktbereitschaft. Es gibt goldene Kühe der Herrschenden und der Konservativen, die wir schlachten müssen. Beispielhaft seien genannt: Kostenlose Mitversicherung, wir müssen die Vermögenssteuer einführen, wir müssen die Beitragsbemessungsgrenze endlich abschaffen.

Wir müssen Verhältnisse schaffen, in denen alle Menschen in der Solidarität mit allen stehen und nicht die Reichsten sich erlauben können, nur mit dem kleinen Zeh zum Sozialstaat beizutragen.

Wir müssen – auch in der Koalition mit der FDP – die großen Baustellen mit der großen Schaufel aufsuchen und deutlich machen, dass wir etwas vertreten, was gesellschaftlich notwendig und gerecht ist. Dieser Staat ist zum Beispiel bisher nicht solidarisch mit den Hausfrauen: Wenn die Frau vorverstirbt, erhält der Mann 100 Prozent Rente; stirbt der alleinverdienende Mann zuerst, bekommt sie nur 60 Prozent. Solche Ungerechtigkeiten muss man öffentlich deutlich aussprechen und Strategien erarbeiten, wie man sie beseitigt. Man muss sich öffentlich links positionieren und vor allem über die strukturellen, die systemischen Hintergründe der für alle offenkundigen Ungerechtigkeiten aufklären. Um die Änderung dieser Strukturen müssen wir den Streit gesellschaftlich führen.

Wir müssen deutlich machen, dass wir in der SPD nicht einfach ein undefinierbarer Eintopf sind, sondern dass es hier – gerade durch die DL21 – die Leute gibt, die den solidarischen Fortschritt klar vertreten und dafür vorangehen.

Was machen wir gegen (demütigende) Armut?

Die Katastrophe ist, dass es für arme Rentner:innen keine Perspektive gibt, einkommensmäßig aufzuholen. Da kommt zu der materiellen Armut noch das Schlimmste – die Perspektivlosigkeit – hinzu. Armut beginnt dann, wenn ich nicht weiß, wie ich die Waschmaschine wieder flottkriege oder wie der Schulausflug für die Kinder zu bezahlen ist. Armut demütigt, und der Sozialstaat kann strukturell Bedingungen schaffen, dass diese Demütigungen nicht geschehen: Indem zum Beispiel alle Leistungen rund um Schule und Bildung (vom Mittagessen bis zum Ausflug) solidarisch öffentlich finanziert werden.

Man muss und kann den Menschen sozialstaatlich die Angst vor dem nächsten Tag, dem nächsten Monat und die Demütigung nehmen. Das muss ein vorrangiges Ziel sein.

Dafür muss man immer wieder klarstellen: Armut ist kein Schicksal und kein Versagen. Armut wird erzeugt. Sie entsteht durch das Auspressen und den Missbrauch von Arbeitskraft zugunsten großer Gewinnmargen. Das ist permanente Umverteilung von unten nach oben.

Wir brauchen deshalb eine große Zurückverteilung des erarbeiteten Reichtums – und das muss die verarmten älteren Menschen unbedingt einschließen, denn sie haben diesen Reichtum auch mit ermöglicht und geschaffen.

Es geht bei dieser Zurückverteilung nicht um das Häuschen der Oma, sondern um den Reichtum, mit dem Macht verbunden ist, die Arbeitskraft anderer auszubeuten.

Progressive Wirksamkeit und Kritik der Ideologie

Wir haben bisher die Kraft als SPD nicht, diese Forderungen im Parlament umzusetzen, sondern schaffen diese Forderungen bisher nur auf unsere Papiere.

Wir brauchen also mehr gesellschaftliche Kampfkraft. Dafür braucht man aber auch Visionen, die man überzeugt vertritt. Eine solche Vision könnte sein, was eigentlich schon im europäischen Recht verankert ist: die positive Angleichung der Lebensverhältnisse für alle!

Das müssen wir auch gegen eine ideologische Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus durchsetzen. Beispielsweise hat sich gesellschaftlich festgesetzt, dass Reichtum etwas mit Leistung zu tun hätte und Armut als mit Versagen oder Trägheit.



DL21

#leftlessons

Tatsächlich hat der Reichtum seine Basis in der Ausbeutung der Arbeit anderer und im Erbe.

Die Bemessung davon, was eigentlich eine Arbeitsleistung ist, ist uralte, profitorientiert und männlich geprägt. Wir müssen die Diskussion vertiefen: welche Arbeit ist für die menschenwürdige Entwicklung unserer Gesellschaft bedeutsam? Welche Kenntnisse, welches Engagement, welche menschliche Bildung und Erfahrung steckt da eigentlich drin? Dafür gibt es auch systematische wissenschaftliche Ansätze, die ein Hebel sein könnten, die Kluft in der Entlohnung zu überwinden.

Zentral ist, das Bewusstsein zu schaffen, dass Armut nicht Leistungsschwäche ist, kein individuelles Problem, das gar noch staatliche Demütigung rechtfertigen dürfte. Der Sozialdarwinismus der Reichen und Wohlhabenden gegenüber den Armen muss von uns bekämpft werden.

Dazu gehört die Infragestellung der „Eigenverantwortung“. Mit der Agenda 2010 hat dieser Begriff tiefen Einfluss auf das Denken der deutschen Sozialdemokratie erhalten. Die Kernthese, die dahintersteht, ist, dass Vollbeschäftigung und gesellschaftliche Solidarität nicht gesellschaftlich organisiert werden könnten, sondern letztlich jede und jeder selbst für sein Wohlergehen verantwortlich ist. Dies hat beispielsweise die demütigende Praxis der Jobcenter legitimiert.

Tatsächlich ist noch keine anständige Arbeitsstelle durch individuelle Anpassung entstanden oder verteidigt worden, sondern ist menschenwürdige und sichere Arbeit immer ein Ergebnis von kollektiven politischen Kämpfen und gewerkschaftlichen Aktionen.

Mit der Parole der „Eigenverantwortung“ ist die gelingende Erwerbstätigkeit aus dem Verantwortungsbereich des Staates in den der Einzelnen verschoben und damit der Arbeitsmarkt brutalisiert worden.

Gleichzeitig ist damit die Privatisierung von gesellschaftlichen Aufgaben ideologisch abgesichert worden: wenn ich für meine Arbeit individuell zuständig bin, dann bin ich es erstrecht für meine Ausbildung, für die Sorge um meine Freunde und Angehörigen, für meine Alterssicherung oder die Krankenversicherung.

Der Gegenbegriff zur Eigenverantwortung ist die kollektive Verantwortung oder Solidarität, die die politische Kultur neu prägen muss. Da liegt eine wesentliche Aufgabe für uns.

Drittens ist der Begriff der „Chancen“ ein Hohn auf eine sozial gerechte Entwicklung.



DL21

#leftlessons

Wir brauchen nicht einfach gleiche „Chancen“ am Startblock, sondern wir sollten schauen, dass alle wirklich ein gelingendes Leben haben.

Immer auf „gleiche Chancen“ zu verweisen ist zynisch, denn damit wird den Menschen vermittelt, dass man ja dieselben Ausgangsbedingungen gehabt hätte und wenn dann die Verwirklichung der Lebensvorstellungen nicht gelingt, sei dies individuelle Schuld.

Das ist aber nichts Individuelles. Menschen haben unterschiedliche Voraussetzungen, begegnen unterschiedlichen Hürden und Konflikten und brauchen auf dem ganzen Lebensweg spezifische, solidarische Förderung.

Wo sollte linke sozialdemokratische Politik ansetzen?

Die US-amerikanische Soziologin Nancy Fraser sagt, dass antiimperialistische, antirassistische und feministische Kämpfe alle Arbeitskämpfe sind. Es geht darum, ein neues Wirtschaftssystem zu schaffen, denn der Kapitalismus „kanibalisiert“ seine – und damit unser aller – Existenzgrundlagen.

Dass das so nicht weitergeht, kommt in weltweit wachsenden Arbeitskämpfen zum Ausdruck – nicht zuletzt im monatelangen Streik der Beschäftigten der Unikliniken in NRW, dem derzeitigen Generalstreik in Belgien, den großen Streikwellen in Großbritannien, dem Hafentarbeiterstreik in Norddeutschland, der Flucht aus der Arbeit und auch wachsenden Arbeitskämpfen in den USA. Zugleich wächst der Widerstand gegen die – durch Corona und Sanktionspolitik verschärfte – Ausbeutung des globalen Südens ebendort.

Was können wir als linke Sozialdemokr:innen dafür tun, die vielen Kämpfe für menschenwürdige Verhältnisse zusammenzubringen?

Wir könnten die Megatrends ausmachen und angreifen: Ein Megatrend ist die „Konzentration“. (Medien, Daten, Land, Ernährung, Pharma, Gesundheitssystem...).

Dieser Konzentration, die immer eine Konzentration von Macht ist, müssen wir entgegenwirken, und wir müssen sie auch zerschlagen.

Das muss schon um der Demokratie Willen bei den IT-Konzernen anfangen.

Wir brauchen eine Eigentumsstreuung. Dafür ist unter anderem eine radikale Reform des Erbschaftsrechts nötig. Und wir brauchen auch überall mehr Mitbestimmung.



DL21

#leftlessons

Es geht darum, die Systemfrage zu stellen. Und das ist nicht die „Systemchenfrage“. Es geht darum, zu verhindern, dass Menschen mit Geld Dinge kaufen und zerstören, die für andere die Lebensbasis sind.

Und dafür müssen wir immer klar machen, dass „Raus aus der Krise“ kein „Zurück“ in vermeintlich bessere Zeiten sein kann. Konservative und extrem Rechte Politik profitiert solange von der Krise, solange wir als Linke keine Lösungen haben und nicht dafür kämpfen, wie die kapitalistische Zerstörung wirklich überwunden werden kann und nicht nur etwas eingedämmt und länger hingezogen.

Wir Linken müssen diese Krise als Möglichkeit begreifen, nicht mehr die Systemchen-Fragen zu stellen, sondern die Systemfrage, die schon längst im Raum steht, aufzugreifen und mit unseren Entwürfen überzeugend zu beantworten.